

Ukraine: Irgendwo zwischen Afghanisierung und Syrisierung

Die Ukraine ist als Nation am Ende – keine Seite wird in diesem Krieg ruhen. Die einzige Frage ist, ob es ein Finale im afghanischen oder syrischen Stil sein wird.

30. August 2022 | Pepe Escobar

Ein Jahr nach der verblüffenden Demütigung der USA in Kabul – und kurz vor einer weiteren schweren Schlappe im Donbass – gibt es Grund zu der Annahme, dass Moskau sich vor Washingtons Rachegelesten fürchtet: in Form einer „Afghanisierung“ der Ukraine.

Da ein Ende des westlichen Waffen- und Finanzflusses nach Kiew nicht in Sicht ist, muss man sich darüber im Klaren sein, dass der ukrainische Kampf wahrscheinlich in einen weiteren endlosen Krieg ausarten wird. Wie beim afghanischen Dschihad in den 1980er Jahren, bei dem von den USA bewaffnete und finanzierte Guerillas eingesetzt wurden, um Russland in den Abgrund zu reißen, werden die Hintermänner der Ukraine diese kriegserprobten Methoden einsetzen, um einen langwierigen Kampf zu führen, der sich bis in die angrenzenden russischen Gebiete ausweiten kann.

Doch dieser US-Versuch einer Krypto-Afghanisierung wird bestenfalls den Abschluss dessen beschleunigen, was Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu als die „Aufgaben“ seiner militärischen Sonderoperation (SMO) in der Ukraine bezeichnet. Für Moskau führt dieser Weg derzeit bis nach Odessa.

Das hätte nicht so sein müssen. Bis zur jüngsten Ermordung von Darya Dugina vor den Toren Moskaus befand sich das Schlachtfeld in der Ukraine tatsächlich in einem Prozess der „Syrisierung“.

Wie der Stellvertreterkrieg in Syrien im vergangenen Jahrzehnt hatten sich die Fronten um wichtige ukrainische Städte weitgehend stabilisiert. Auf den größeren Schlachtfeldern hatte Kiew verloren und war zunehmend dazu übergegangen, terroristische Taktiken anzuwenden. Keine der beiden Seiten konnte den riesigen Kriegsschauplatz vollständig beherrschen. Daher entschied sich das russische Militär dafür, nur minimale Kräfte im Kampf zu halten – im Gegensatz zu der Strategie, die es im Afghanistan der 1980er Jahre verfolgte.

Erinnern wir uns an ein paar syrische Fakten: Palmyra wurde im März 2016 befreit, dann verloren und 2017 zurückerobert. Aleppo wurde erst im Dezember 2016 befreit. Deir Ezzor im September 2017. Ein Teil von Nord-Hama im Dezember und Januar 2018. Die Außenbezirke von Damaskus im Frühjahr 2018. Idlib – und bezeichnenderweise über 25 Prozent des syrischen Territoriums – sind immer noch nicht befreit. Das sagt viel über den Rhythmus in einem Kriegsgebiet aus.

Das russische Militär hat nie eine bewusste Entscheidung getroffen, den mehrkanaligen Fluss westlicher Waffen nach Kiew zu unterbrechen. Die systematische Zerstörung dieser Waffen, sobald sie sich auf ukrainischem Territorium befinden, ist eine andere Sache – und das mit großem Erfolg. Das Gleiche gilt für die Zerschlagung von Söldnernetzwerken.

Moskau weiß sehr wohl, dass jede Verhandlung mit denjenigen, die in Washington die Fäden ziehen – und den Marionetten in Brüssel und Kiew alle Bedingungen diktieren –, aussichtslos ist. Der Kampf im Donbass und darüber hinaus ist eine Sache, bei der es um Leben und Tod geht.

Der Kampf wird also weitergehen und das zerstören, was von der Ukraine übrig geblieben ist, so wie er einen Großteil Syriens zerstört hat. Der Unterschied besteht darin, dass das, was von der Ukraine übrig geblieben ist, wirtschaftlich viel mehr als in Syrien in ein schwarzes Loch fallen wird. Nur das Gebiet, das unter russischer Kontrolle steht, wird wieder aufgebaut werden, und dazu gehört auch ein Großteil der industriellen Infrastruktur der Ukraine.

Was übrig bleibt – die Rumpfukraine – ist ohnehin schon geplündert, denn Monsanto, Cargill und Dupont haben sich bereits 17 Millionen Hektar erstklassiges, fruchtbares Ackerland gesichert – mehr als die Hälfte dessen, was die Ukraine noch besitzt. Das bedeutet de facto, dass BlackRock, Blackstone und Vanguard, die größten Anteilseigner des Agrobusiness, alles Land besitzen, das in der nicht souveränen Ukraine wirklich wichtig ist.

Bis zum nächsten Jahr werden die Russen alles daran setzen, Kiew von den Waffenlieferungen der NATO abzuschneiden. Im Zuge dieser Entwicklung werden die Anglo-Amerikaner schließlich das verbliebene Marionettenregime nach Lemberg verlegen. Und der Kiewer Terrorismus – ausgeführt von Bandera-Anhängern – wird weiterhin die neue Normalität in der Hauptstadt sein.

Das kasachische Doppelspiel

Inzwischen ist klar, dass es sich hier nicht um einen bloßen Krieg der territorialen Eroberung handelt. Er ist mit Sicherheit Teil eines [Krieges der Wirtschaftskorridore](#) – denn die USA scheuen keine Mühen, um die vielfältigen Konnektivitätskanäle der Integrationsprojekte Eurasiens zu sabotieren und zu zerschlagen, seien sie nun unter chinesischer (Belt and Road Initiative, BRI) oder unter russischer Führung (Eurasische Wirtschaftsunion, EAEU).

So wie der Stellvertreterkrieg in Syrien weite Teile Westasiens umgestaltet hat (siehe z. B. das bevorstehende Treffen zwischen Erdogan und Assad), ist der Kampf in der Ukraine in einem Mikrokosmos ein Krieg um die Neugestaltung der gegenwärtigen Weltordnung, in dem Europa lediglich ein selbstverschuldetes Opfer in einer Nebenhandlung ist. Das große Bild ist die Entstehung der Multipolarität.

Der Stellvertreterkrieg in Syrien dauerte ein Jahrzehnt, und er ist noch nicht vorbei. Das Gleiche könnte mit dem Stellvertreterkrieg in der Ukraine passieren. Derzeit hat Russland ein Gebiet eingenommen, das in etwa der Größe von Ungarn und der Slowakei zusammen entspricht. Damit ist die „Aufgabe“ noch lange nicht erfüllt – und es wird wohl so weitergehen, bis Russland das gesamte Land bis zum Dnjepr sowie Odessa eingenommen hat und es mit der abtrünnigen Republik Transnistrien verbindet.

Es ist erhellend zu sehen, wie wichtige eurasische Akteure auf solche geopolitischen Turbulenzen reagieren. Und das bringt uns zu den Fällen Kasachstan und Türkei.

Der Telegram-Kanal Rybar (mit über 640.000 Followern) und die Hackergruppe Beregini haben in einer Untersuchung aufgedeckt, dass Kasachstan Waffen an die Ukraine verkauft, was de facto einem Verrat an den eigenen russischen Verbündeten in der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) gleichkommt. Man bedenke auch, dass Kasachstan der Shanghaier Orga-

nisation für Zusammenarbeit (SOZ) und der EAEU angehört, den beiden Zentren der eurasischen multipolaren Ordnung unter ihrer Führung.

Als Folge des Skandals sah sich Kasachstan gezwungen, offiziell die Aussetzung aller Waffenexporte bis Ende 2023 anzukündigen.

Es begann damit, dass Hacker aufdeckten, wie Technoexport – ein kasachisches Unternehmen – im Auftrag des Vereinigten Königreichs über jordanische Mittelsmänner bewaffnete Mannschaftstransporter, Panzerabwehrsysteme und Munition an Kiew verkaufte. **Das Geschäft selbst wurde vom britischen Militärattaché in Nur-Sultan, der kasachischen Hauptstadt, überwacht.**

Nur-Sultan versuchte vorhersehbar, die Vorwürfe mit dem Argument abzutun, Technoexport habe keine Ausfuhrgenehmigungen beantragt. Das war im Grunde falsch: Das Rybar-Team fand heraus, dass Technoexport stattdessen Blue Water Supplies, ein jordanisches Unternehmen, damit beauftragt hatte. Und die Geschichte wird noch pikanter. Alle Vertragsdokumente wurden schließlich in den Computern des ukrainischen Geheimdienstes gefunden.

Darüber hinaus fanden die Hacker über einen bulgarischen Käufer ein weiteres Geschäft heraus, an dem Kazspetsexport beteiligt war und das den Verkauf von kasachischen Su-27, Flugzeugturbinen und Mi-24-Hubschraubern vorsah. Diese hätten in die USA geliefert werden sollen, ihr endgültiger Bestimmungsort war jedoch die Ukraine.

Das Sahnehäubchen auf diesem zentralasiatischen Kuchen ist, dass Kasachstan auch erhebliche Mengen an russischem – nicht kasachischem – Öl an Kiew verkauft.

Es scheint also, dass Nur-Sultan, vielleicht inoffiziell, irgendwie zur „Afghanisierung“ des Krieges in der Ukraine beiträgt. Natürlich gibt es keine diplomatischen Leaks, die dies bestätigen, aber es können Wetten abgeschlossen werden, dass Putin bei ihrem jüngsten – herzlichen – Treffen mit Präsident Kassym-Jomart Tokajew ein paar Dinge dazu gesagt hat.

Der Balanceakt des Sultans

Die Türkei ist ein weitaus komplexerer Fall. Ankara ist kein Mitglied der SOZ, der OVKS oder der EAEU. Es ist immer noch auf der Hut und kalkuliert, unter welchen Bedingungen es sich dem Hochgeschwindigkeitszug der eurasischen Integration anschließen wird. Und doch ermöglicht Ankara Moskau durch verschiedene Maßnahmen, der Lawine westlicher Sanktionen und Embargos zu entgehen.

Türkische Unternehmen – buchstäblich alle mit engen Verbindungen zu Präsident Recep Tayyip Erdogan und seiner Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) – machen einen Reibach und genießen ihre neue Rolle als Kreuzungspunkt zwischen Russland und dem Westen. In Istanbul wird offen damit geprahlt, dass Russland das, was es nicht von Deutschland oder Frankreich kaufen kann, „bei uns“ kauft. Und in der Tat sind mehrere EU-Unternehmen daran beteiligt.

Ankaras Balanceakt ist so süß wie ein gutes Baklava. Mitten im endlosen, sehr ernsten türkischen Wirtschaftsdebakel holt es sich wirtschaftliche Unterstützung von einem sehr wichtigen Partner. Sie sind sich über fast alles einig: russisches Gas, S400-Raketensysteme, den Bau des russischen Atomkraftwerks, Tourismus – Istanbul ist voll von Russen –, türkisches Obst und Gemüse.

Ankara-Moskau betreiben Geopolitik wie aus dem Lehrbuch. Sie spielen sie offen, in voller Transparenz. Das bedeutet nicht, dass sie Verbündete sind. Das ist nur ein pragmatisches Geschäft zwischen Staaten. So kann beispielsweise eine wirtschaftliche Reaktion ein geopolitisches Problem lindern und umgekehrt.

Offensichtlich hat der kollektive Westen völlig vergessen, wie dieses normale Verhalten von Staat zu Staat funktioniert. Es ist erbärmlich. Die Türkei wird vom Westen als verräterisch „denunziert“ – genauso wie China.

Natürlich muss Erdogan auch für sich werben, und so sagt er hin und wieder, dass die Krim von Kiew zurückerobert werden sollte. Schließlich machen seine Unternehmen auch Geschäfte mit der Ukraine – Bayraktar-Drohnen und anderes.

Und dann ist da noch die Bekehrungspolitik: Die Krim ist theoretisch reif für türkischen Einfluss, wobei Ankara die Idee des Pan-Islamismus und vor allem des Pan-Türkismus ausnutzen könnte, indem es aus den historischen Beziehungen zwischen der Halbinsel und dem Osmanischen Reich Kapital schlägt.

Ist Moskau beunruhigt? Nicht wirklich. Was die an Kiew verkauften Bayraktar TB2 betrifft, so werden sie auch weiterhin unerbittlich zu Asche verarbeitet werden. Nichts Persönliches. Rein geschäftlich.